




## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 04. Januar 06

### **Rossmann warnt vor Rückschritt in die Kleinstatelei bei der Bildungspolitik**

„Programme des Bundes für die Hochschulen müssen auch in Zukunft möglich sein“, fordert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete und Bildungsexperte Dr. Ernst Dieter Rossmann und stellt sich damit ganz bewusst gegen die bisherigen Verabredungen zur Föderalismusreform. Rossmann: „Die im Zuge der Koalitionsverhandlungen getroffenen Vereinbarungen gehen leider in die vollkommen falsche Richtung. Gerade angesichts massiv wachsender Zahlen von Studierenden wird es immer wichtiger, dass Bund und Länder beim Ausbau und bei der Verbesserung der Qualität der Hochschulen auch in Zukunft eng zusammen arbeiten können.“

Wird die Föderalismusreform wie von den Spitzen von SPD und CDU/CSU vorgesehen umgesetzt, hätte der Bund nach Rossmanns Einschätzung künftig nur noch

das Recht, Investitionen an den Hochschulen zu fördern. Die bisher üblichen Sonderprogramme, mit denen auch Personal finanziert worden ist, seien dagegen definitiv nicht mehr möglich. Rossmann: „Sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein, die bedeutendsten Studienorte der vielen Studierenden aus dem Kreis Pinneberg, werden aber nicht darauf verzichten können, zusätzliche Lehrkapazitäten angesichts des erwarteten Anstiegs der Studierendenzahlen um rund 20 Prozent aufzubauen. Ohne Bundeshilfe wird dies nicht möglich sein.“

Der Bundestagsabgeordnete fordert deshalb insbesondere Schleswig-Holsteins Wissenschaftsminister Dietrich Austermann auf, sich zusammen mit seinen Kollegen aus den Ländern noch einmal energisch für ein kooperatives Bund-Länder-Verhältnis in Fragen der Hochschulmodernisierung einzusetzen. Es sei nicht einzusehen, dass Schleswig-Holstein in der Frage des Strafvollzuges auf eine gemeinsame Bundesregelung bestehen würde - auch hier im Widerspruch zur geplanten Föderalismusreform - während bei den Hochschulen und in der Bildungsfrage Zurückhaltung geübt werde. Der Abgeordnete wird sich deshalb weiter nachdrücklich dafür einsetzen, dass die bisherigen Pläne zur Föderalismusreform noch einmal auf den Prüfstand kommen. Rossmann: „In der Bildungsförderung dürfen wir keinen Rückschritt in die Kleinstaaterei machen, sondern müssen alle Kräfte bündeln. Die des Bundes gehören eindeutig dazu!“